

**Mitgliederversammlung der Bayerischen Chemieverbände  
2023 – öffentlicher Teil**

**Bericht des Vorsitzenden der Bayerischen Chemieverbände  
Herrn Dr. Christian Hartel**

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich Willkommen zur Mitgliederversammlung der Bayerischen Chemieverbände. Ich freue mich außerordentlich, dass wir nach vier Jahren Abstinenz wieder als große Chemiefamilie Bayerns physisch zusammenkommen können.

Denn dieser Austausch ist wichtig. Es gibt viel zu besprechen. Politisch und wirtschaftlich erleben wir gerade besondere Zeiten – auch und insbesondere für die Chemie- und Pharmaindustrie.

Die Chemiefamilie ist groß. Sie umfasst weit mehr als nur die Mitglieder der Chemieverbände. Heute sind auch Chemielehrer, Didaktiker, Vertreter von Chemieschulen und Ausbildungseinrichtungen, Professoren und Forscher, Freunde der Chemie und Pharma aus Ministerien, Verwaltung, Gerichten und Politik hier.

Besonders freue ich mich, Prof. Clemens Fuest in unseren Reihen begrüßen zu dürfen. Es gibt wohl kaum einen Volkswirt, der so messerscharf analysiert und seine Analysen so unmissverständlich artikuliert. Heute wird er unter anderem seinen Blick auf die wirtschaftliche Lage mit uns teilen. Darauf freue ich mich schon sehr.

Mit der wirtschaftlichen Lage möchte auch ich einsteigen: Corona, Lieferengpässe, Inflation, Angriffskrieg in der Ukraine, Energieknappheit – wir scheinen uns seit geraumer Zeit in einer Dauerkrise zu befinden, wie wir sie noch nie erlebt haben.

Schon Ende 2021 gingen die Preise für die wichtigsten Energieträger der Chemie gewaltig nach oben und erreichten 2022 nie geahnte Höhen. Börsenstrompreise lagen bei fast 600 EUR / MWh. 10- bis 20-mal so hoch wie normal.

Mittlerweile haben sich die Wogen etwas geglättet. Doch die Energiepreise sind noch immer viel zu hoch. Das Problem ist, dass wir es hier mit einer strukturellen Thematik zu tun haben. Die Energiepreise in Deutschland sind im globalen Kontext nicht wettbewerbsfähig. Das ist ein massiver Standortnachteil,

der gerade energieintensive, exportorientierte Branchen betrifft – wie eben die Chemie.

Die Folgen sind bereits sichtbar: Seit über einem Jahr geht die Produktion der Chemiebranche in Deutschland kontinuierlich zurück. Darüber können auch die guten Ergebnisse vieler Chemieunternehmen aus dem Vorjahr nicht hinwegtäuschen. Besserung ist nicht in Sicht. Weder ist in Europa eine konjunkturelle Dynamik erkennbar noch sind aus anderen Regionen, wie Asien, Impulse zu erwarten.

Investitionen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung wandern immer stärker ins Ausland ab. Beispielsweise hat die BASF angekündigt, Teile der Produktion in Deutschland wegen hoher Energiepreise und anderer Themen stillzulegen. In letzter Zeit mehren sich auch die Gewinnwarnungen vieler Chemieunternehmen. Ganz zu schweigen von den vielen mittelständischen Unternehmen – über 80% unserer Branche – die sorgenvoll in die Zukunft schauen.

Gleichzeitig wird auf der anderen Seite des Atlantiks in Amerika kräftig investiert. Ursächlich hierfür ist der Inflation Reduction Act. Dieser setzt auf finanzielle Anreize für grüne Technologien und Produkte. In dem Zuge werden

Investitionskosten übernommen, operative Kosten für die nächsten Jahre kompensiert und Strompreise garantiert.

Derweil plant Deutschland, den „Spitzenausgleich“ abzuschaffen – also die Möglichkeit für Unternehmen, die Stromsteuer zu reduzieren. Das würde bedeuten, dass energieintensive Unternehmen zusätzlich belastet werden – mit in Summe sage und schreibe 1,5 Mrd. Euro. Das ist unfassbar.

Mit dem „Inflation Reduction Act“ haben die USA den „European Green Deal“ herausgefordert. Europa und die USA liefern sich derzeit einen politischen Wettbewerb, wie die Transformation der Wirtschaft am besten unterstützt werden kann.

Bisher dominieren die USA den Wettbewerb. Die EU hat dem nichts Wirkungsvolles entgegensetzen. Staatlich festgelegte europäische Mindestproduktionsquoten für bestimmte „Nachhaltigkeitsprodukte“ gehen jedenfalls am Ziel vorbei. Zudem werden unserer Branche zusätzliche Steine in den Weg gerollt. Stichwort: EU-Chemikalienstrategie.

Diese sieht einen Paradigmenwechsel vor. So soll bei der Regulierung von Chemikalien zukünftig die Stoffeigenschaft bzw. die Gefahrenklasse maßgeblich sein und nicht die Risikobewertung. Mit anderen Worten: Es bleibt unberücksichtigt, ob es überhaupt eine Exposition gibt, sprich ob Mensch oder Umwelt mit diesen Stoffen in Kontakt kommen. Selbst wenn eine sichere und umweltverträgliche Nutzung von gefährlichen Stoffen möglich ist, sollen diese verboten werden.

Wenn diese Regelungen mit einem Gruppenregulierungsansatz – wie im PFAS-Dossier geschehen – kombiniert werden, kann es vorkommen, dass sogar Stoffe, die von der OECD als „of low concern“ eingestuft werden, verboten werden. Damit wird also in Kauf genommen, dass völlig harmlose Stoffe vom Markt verschwinden.

Es scheint zudem, als wäre ein Totalverbot das einzige Mittel, um Risiken zu minimieren. Dabei gibt es durchaus Wege, Risiken über den Arbeitsschutz oder den Immissionsschutz zu minimieren der sogar ganz auszuschließen.

Hier muss ein Umdenken stattfinden. Zum einen gehört es zur Kernkompetenz der Chemie, auch mit gefährlichen Stoffen

sicher umzugehen. Zum anderen müssen die Regulierer verstehen, dass diese Stoffe für nachgelagerte Wertschöpfungsketten unabdingbar sind. Mit Verboten würde man beispielsweise auch die Herstellung vieler Produkte unterbinden, die auf das Thema Nachhaltigkeit einzahlen und die klimaneutrale Transformation vorantreiben. Dieser Zielkonflikt ist nicht verstanden.

Für viele Politiker ist die Chemikalienregulierung irgendein Randthema der Umweltpolitik. Das war vielleicht auch eine Zeit lang so. Inzwischen ist es aber längst ein wichtiges Industriepolitikfeld.

Laut einer Studie von Cefic, dem europäischen Chemieverband, wäre rund ein Drittel der Chemieproduktion Europas von Verboten betroffen. Was das für die Abnehmerbranchen und die ökologische Transformation bedeutet wurde nicht untersucht. Ich fürchte: nichts Gutes.

Der ein oder andere mag jetzt sagen: Bisher ist das doch alles nur Papier – sprich eine Strategie, die noch nicht finalisiert und umgesetzt wurde.

Denen sage ich: Wehret den Anfängen. Beispiel: PFAS – hier wurden unter noch geltendem Recht schon fast alle Ideen der Chemikalienstrategie angewendet.

Auch wenn die Europäische Union an sich ein großes Glück für Gesellschaft und Wirtschaft darstellt, macht sie uns das Leben nicht immer einfach.

Ein weiteres Beispiel: Während die eine Hand versucht, zunehmende Bürokratie zu lindern – Kommissionspräsidentin von der Leyen will die Berichtspflichten der Unternehmen um 25% reduzieren – führt die andere Hand Regeln ein, die den Aufwand geradezu potenzieren.

So überarbeitet die EU gerade die sogenannte IE-Richtlinie („Industrieemissionsrichtlinie, kurz IED), also das zentrale Regelwerk mit Vorgaben für die Zulassung und den Betrieb von Industrieanlagen. Nahezu jede geplante Maßnahme führt dazu, dass der Aufwand für Anlagenbetreiber massiv steigt. Genehmigungsverfahren werden damit noch viel komplexer und langwieriger. Dabei beteuern doch immer alle, dass es in Sachen Genehmigungen schneller gehen muss.

Ein anderes Beispiel ist die deutsche Strom- und Gaspreisbremse. Es wurde ein gutes Konzept erarbeitet, wie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in der Energiekrise gesichert werden kann. Kanzler Scholz hatte sogar noch gesagt, dass es genauso umgesetzt werden soll. Das Geld war vorhanden.

Aber der Gesetzgeber selbst ist bei der Umsetzung an den existierenden Beihilfeleitlinien gescheitert. Ergebnis war eine Strom- und Gaspreisbremse, die den Namen nicht verdient. Es war maximal ein „Insolvenzabwendungsgesetz“, kein „Wettbewerbssicherungsgesetz“, wie eigentlich geplant. Die meisten Unternehmen konnten die Hilfe nicht in Anspruch nehmen. Der Doppelwumms blieb aus.

Die Gesetzgebung verheddert sich zunehmend im eigenen Bürokratiedickicht. Selbst Fachleuten fällt es schwer, den Überblick zu behalten. Allein die Regulierung zum Green Deal soll etwa 14.000 Seiten Text umfassen. Wer soll das alles lesen, erfassen oder gar umsetzen? Größere Unternehmen mögen das ja noch irgendwie stemmen können, aber denken Sie auch an all die kleinen, mittelständischen Unternehmen. Das ist nicht machbar.



Das Besorgniserregende ist, dass die Schlagzahl neuer Verordnungen und Richtlinien weiter zunimmt. Diese Regulierungsflut entwickelt sich immer mehr zum Standortnachteil.

Meine Damen und Herren,

ohne die chemisch-pharmazeutische Industrie geht so gut wie nichts. Sie ist die Industrie der Industrie, das Schwungrad der Wirtschaft. Sie ist Wegbereiter und Schlüsselindustrie für die großen Themen unserer Zeit – Klimaneutralität und Nachhaltigkeit, Gesundheit, Ernährung und Energie.

Ohne uns ist eine Transformation der Wirtschaft nicht möglich. Wir sind die Lösungsindustrie, der Möglichmacher. Ohne uns keine Windräder, keine Solarzellen, keine Lithiumionenbatterien, keine Computerchips. Ich könnte diese Reihe nahtlos fortsetzen. Über 95% aller industriellen Produkte benötigen Vorprodukte aus der chemischen Industrie.

Nun gibt es aktuell immer wieder Stimmen, die eine Abwanderung der energieintensiven Industrie aus Deutschland schulterzuckend zur Kenntnis nehmen. Argument: Die Produktion energieintensiver Produkte sollte am besten dort

erfolgen, wo Energie am günstigsten ist. Die Produkte könnten dann ja importiert werden.

Ich frage mich, was wir aus den Entwicklungen der letzten Monate gelernt haben? Haben wir nicht erfahren, was es heißt, wenn Lieferungen von Microchips für die Automobilindustrie ausbleiben? Wenn wichtige Medikamente knapp werden?

Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich bin nicht für ein Zurückdrehen der Globalisierung. Gerade wir hier in Deutschland profitieren wie kaum ein anderes Land vom Export und freien Handel. Dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.

Doch wir dürfen auch nicht blauäugig sein. Im Falle kritischer Wertschöpfungsstufen und einseitiger Abhängigkeiten sollte der Frage nach mehr Resilienz erlaubt sein – wenn es z.B. um die Überlegungen geht, wieder verstärkt Halbleiter-, Solar- oder Pharmafertigung in Deutschland anzusiedeln und dies entsprechend zu unterstützen.

Und noch ein Argument: Gibt es ernsthaft jemanden, der glaubt, dass es für Klima und Umwelt besser ist, wenn die

energieintensiven Prozesse in China oder Indien betrieben werden statt in Deutschland?

Deswegen sollten wir meines Erachtens alles daransetzen, auch die energieintensiven Branchen in Deutschland zu halten. Zumal es letztlich auch um gute Arbeitsplätze geht.

Doch dafür müssen die Rahmenbedingungen hierzulande stimmen. Die gute Nachricht ist: **Wir können etwas tun.**

Die Energiepreise sind und bleiben das entscheidende Thema, von dem sich alles andere ableitet. Die hohen Strompreise in Europa blockieren derzeit die Transformation. Sie zerstören die Wettbewerbsfähigkeit einer weltweit führenden Industrie.

Energie ist das Lebenselixier unserer Branche. Und zwar intrinsisch. Chemische Bindungen müssen aufgebrochen und neu gebildet werden. Das erfordert Energie, viel Energie.

Da die Energiepreise in Deutschland schon immer hoch waren, sind Chemieunternehmen hierzulande extrem auf Effizienz getrimmt. Aufgrund dieses Produktivitätsvorsprungs konnten wir uns in der Vergangenheit auf dem Weltmarkt gut behaupten. Doch es gibt Grenzen.

Der Strompreis in China liegt bei 2 bis 3 Cent je kWh, in den USA bei 4 Cent. In Deutschland liegt er bei rund 10 bis 20 Cent. Bei solch großen Faktorunterschieden zwischen den Regionen können energieintensive Unternehmen nicht auf Dauer aus Deutschland heraus erfolgreich agieren.

Deshalb plädieren wir schon seit Jahren für die Einführung eines Industriestrompreises. Gemeint ist damit ein staatlich garantierter Maximalpreis für die Industrie, der international wettbewerbsfähig ist und ein faires Spielfeld schafft. Nicht als Dauersubvention, sondern als zeitliche Überbrückung, bis ausreichend grüne Energie zur Verfügung steht. Daher auch der alternative Begriff: Transformationsstrompreis.

Ich kann ihnen versichern, dass dieser Forderung ein zähes Ringen in den Verbänden vorausging. Schließlich sind wir klarer Verfechter marktwirtschaftlicher Prinzipien. Der Ruf nach staatlicher Unterstützung fällt uns daher nicht leicht. Doch in diesem Fall ist er alternativlos, wenn wir eine führende Industrie in Deutschland sichern wollen.

Wohlgemerkt: Es geht hier nur um eine zeitliche Überbrückung von etwa 10 Jahren bis voraussichtlich ausreichend günstige grüne Energie zur Verfügung steht.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Einführung eines Transformationsstrompreises auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ein guter Business Case ist.

So würde sich die jährliche Unterstützung auf etwa 5 bis 10 Mrd. EUR<sup>1)</sup> belaufen. Dadurch würde sich vermutlich ein deutlich höherer positiver Beitrag zur Bruttowertschöpfung in Deutschland ergeben – im Vergleich zum Szenario, das ein Abwandern und Nicht-Investieren der energieintensiven Industrie in Deutschland zur Folge hätte mit all den verbundenen Auswirkungen einer De-Industrialisierung auch in vor und nachgelagerten Wertschöpfungsketten.

Vielleicht ist das ja auch Aspekt, den Prof. Fuest näher beleuchten wird.

---

<sup>1</sup> Überschlägige Berechnung des bayerischen Wirtschaftsministeriums vom März 2023. Die energieintensiven Industrien in Deutschland verbrauchen ca. 100 TWh Strom pro Jahr. Je Cent Vergünstigung pro Kilowattstunde verursacht also Kosten in Höhe von ca. 1 Mrd. Euro pro Jahr. Bei einem Nettoeinkaufspreis von 14 Cent pro Kilowattstunde würden die Kosten damit 10 Mrd. Euro pro Jahr betragen. Nach Berechnungen des BMWK für deren Industriestrompreis (6ct/kWh für 80%) wären bis 2030 etwa 25 bis 30 Mrd. EUR nötig, also weniger als 5 Mrd. EUR pro Jahr.

Zumindest sollte man bei der Frage Industriestrompreis nicht allein auf die kameralistische Sicht des Bundeshaushalts vertrauen, sondern einen volkswirtschaftlichen Blick wagen.

Bleiben wir noch kurz beim Thema Energie:

Im Zuge der Dekarbonisierung wird der Energiebedarf weiter steigen, weil immer mehr Prozesse elektrifiziert werden. Umso wichtiger ist es deshalb, immer mehr erneuerbare Energien zu produzieren. Nur dann gewinnen wir: ökologisch, ökonomisch und sozial.

Deshalb muss der Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland weiter beschleunigt werden. Das gilt auch für die Netzinfrastruktur – nicht nur für Strom, sondern ebenso für Wasserstoff.

Meine Damen und Herren,

Sie haben es gemerkt: Das Thema Energie ist ein heißes Thema – es ist das drängendste. Gerade am Strompreis und der Stromversorgung hängt sehr viel. Das ist das A und O für die chemische Industrie.

Deshalb nochmal: Wir brauchen einen Industriestrompreis. Und zwar jetzt. Die Zeit rennt und als Industrie können wir nicht länger warten.

Das gleiche gilt in Sachen Bürokratie. Seit Jahren besteht weitgehend große Einigkeit darin, dass wir weniger Bürokratie benötigen; dass die Industrie von unnötigen Lasten „entfesselt“ werden muss. Doch passiert ist wenig.

Mein Vorschlag: Wie wäre es, wenn EU und Bundesregierung ein Belastungsmoratorium einrichten und alle gesetzgeberischen Tätigkeiten, die Unternehmen in irgendeiner Form zusätzlich belasten würden, für einen Zeitraum von z.B. drei Jahren aussetzen würden? Wäre das für die Gesellschaft wirklich untragbar?

Beim Thema Chemikalienregulierung hingegen reicht ein temporäres Aussetzen nicht. Es ist meines Erachtens das gefährlichste der drei Themen. Die Auswirkungen können enorm sein und die ganze europäische Wirtschaft betreffen. Gleichzeitig ist das kein Thema, mit dem man sich als Politiker profilieren kann, zumal es auch sehr spezifische Fachkenntnis erfordert. Vielleicht war das bisher auch das Problem.

Chemikalienrecht ist heute auf jeden Fall kein umweltpolitisches Randthema mehr, sondern Industriepolitik und daher wert, von Industriepolitikern aufgegriffen zu werden. Hier muss unbedingt ein Neustart erfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bis hierher ganz herzlich bedanken. Der heutige Hauptredner und „Stargast“ ist Herr Prof. Fuest. Ich muss Herrn Fuest vermutlich niemandem vorstellen. Ich tue es trotzdem kurz:

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest ist  
Präsident des ifo Instituts – Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. und  
Geschäftsführer der CESifo GmbH,

Er ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der LMU  
München und Direktor des Center for Economic Studies  
(CES) der LMU.



Er ist u.a. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen und der Europäischen Akademie der Wissenschaften.

Er gehört dem Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft (Kronberger Kreis) und der Stiftung Familienunternehmen an.

Er hat einige Preise und Medaillen gewonnen. 2017 erhielt er die Ehrendoktorwürde des Karlsruher Institut für Technologie (KIT).

Seine Forschungsgebiete sind Wirtschafts- und Finanzpolitik, Internationale Besteuerung, Steuerpolitik, Europäische Integration.

Er ist Autor von Büchern und hat viele Kommentare und Namensartikel zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen in nationalen und internationalen Fachzeitschriften verfasst. Auch schreibt er für Zeitungen wie Handelsblatt, FAZ, Die Zeit, SZ, WirtschaftsWoche, Financial Times oder Wall Street Journal.

Sehr geehrter Herr Fuest,

ich freue mich außerordentlich, dass Sie heute hier sind. Sie haben meiner Rede eventuell schon entnehmen können, was die heißen Themen der Chemiebranche sind. Sie sind bekannt dafür, dass Sie nicht nur einen sehr klaren Blick auf die wirtschaftliche Lage im Land haben, sondern in der Regel auch eine sehr klare Meinung zu politischen Entscheidungen und Entwicklungen. Das Handelsblatt hat erst kürzlich geschrieben, Sie seien das ordnungspolitische Gewissen Deutschlands. So ist es!

Deshalb freuen wir uns schon alle sehr auf Ihren Vortrag.

Herzlich Willkommen Herr Fuest – the floor is yours!